

grh Mitteilungen ⁷/₂₂

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Telefon: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org

Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und 1. Donnerstag im Monat 09.00 bis 14.00 Uhr

Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB

Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

Rede von Hans Bauer auf der Kundgebung der Friko „22. Juni 1941-Wir vergessen nicht“ am 22. Juni 2022 im Sowjetischen Ehrenmal Berlin-Treptow

"Wir vergessen nicht", mit dieser Botschaft haben wir uns hier versammelt. Den 22. Juni 1941 können und wollen wir nicht vergessen. Ebenso wenig wie den 8. Mai 1945. Mit dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion wollte der deutsche Imperialismus ein schon mehrmals in der Geschichte angestrebtes Ziel verwirklichen. Die Vernichtung der UdSSR, die Ausbeutung ihres rohstoffreichen Landes und die Unterjochung der Bevölkerung. Das Ergebnis kennen wir. Die Antihitlerkoalition schlug die faschistischen Horden 1945 im Zentrum ihrer eigenen Macht. Den größten Anteil am Sieg hatte die Sowjetunion. Aber auch die meisten Opfer: 27 Millionen Tote, ein verwüstetes Land, verbrannte Erde. Die Völker des Riesenreiches, voran die Rote Armee, hatten durch heroischen Kampf den entscheidenden Beitrag zur Befreiung vom Faschismus auch des deutschen Volkes geleistet.

Aber noch vor Kriegsende schworen sich die imperialistischen Hauptmächte wieder gegen die Sowjetunion ein. Ich erinnere nur an Churchill, Truman und Dulles mit ihren antikommunistischen Bekenntnissen und Strategien. Dass der Kalte Krieg nicht zum heißen wurde, verdanken wir über Jahrzehnte einem starken sozialistischen Lager, besonders der Sowjetunion. Auch die konsequente Friedenspolitik der DDR trug dazu bei, während die BRD fast naht-



los wieder aufrüstete und offen die "Befreiung des bolschewistischen Ostens" propagierte. Bei allen Friedensverträgen zwischen Ost und West, der internationale und deutsche Imperialismus hatte seine Ziele im Osten nie begraben.

1990 sahen sie ihre Chance gekommen. Wir haben dies am eigenen Leib verspürt. Und spüren es bis heute. Mit der Annektion der DDR und ihrer Kolonialisierung währte sich dieses vergrößerte Deutschland nach den USA nun als einer der führenden Staaten in Europa und der Welt.

Im Niedergang des sozialistischen Lagers sah der Imperialismus die reale Möglichkeit, unter veränderten Bedingungen nach dem Osten zu greifen. Die Sowjetunion und nach ihrer Auflösung deren ehemaligen Republiken standen nun erneut im Fokus der Begehrlichkeiten. Vor allem die Russische Föderation als Nachfolgestaat. Alle Dämme waren gebrochen. Und über Jahre unter Präsident Jelzin schien es auch so, als würde sich Russland den USA endgültig ausliefern. Mit Präsident Putin änderte sich dies. Das wieder erwachte Selbstbewusstsein Russlands und die Forderung nach Respektierung seiner Sicherheitsinteressen und nach gleichberechtigter Teilnahme am "Europäischen Haus" passten nicht in die hegemoniale Politik der USA und anderer NATO-Staaten. Wiederholte Vorschläge Russlands wurden negiert, abgelehnt. Gleichzeitig schufen die Westmächte Tatsachen, die für Russland zunehmend eine Gefahr darstellten: die schrittweise Osterweiterung der NATO, die NATO-Übungen an Russlands Grenzen, die Einbindung bisheriger Staaten der SU in westliche Bündnisse und deren militärische Aufrüstung sowie Wirtschaftssanktionen. Offene Rus-

sophobie sollte das Feindbild Russland in der Bevölkerung verankern. Deutschland zeichnete sich dabei von besonderer Kreativität und Aggressivität aus.

Bei dieser konzertierten Russland feindlichen Politik spielte die Ukraine mit ihrer Geschichte, Lage, Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftspotenz eine entscheidende Rolle. Von den Westmächten abhängig und gesteuert, betrieb sie mit Aufrüstung, Provokationen und Drohungen, Diskriminierung der russischen Bevölkerung, Tolerierung und Förderung von Faschisten zunehmend eine konfrontative Politik gegen Russland. Der wesentlich vom Westen initiierte Putsch von 2014 markierte eine neue Phase dieser Entwicklung. Die Entscheidung der Krimbevölkerung auf Zugehörigkeit zur Russischen Föderation und die Bildung zweier Donbassrepubliken waren das Ergebnis dieser feindseligen Politik. Mit einem Bürgerkrieg von über 13 000 Toten.

Offene Kriegsdrohungen - sogar unter Androhung atomarer Bewaffnung - und große Truppenkonzentrationen an den Grenzen Russlands spitzten die Situation derart zu, dass Russland am 24. Februar 2022 als einen Akt des Beistandes für die zwei Volksrepubliken und der präventiven Selbstverteidigung sich zu militärischen Maßnahmen veranlasst sah. Selbst westliche Politiker und Militärs kommen zum Ergebnis, dass dieser Krieg durch Beachtung russischer legitimer Sicherheitsinteressen und Umsetzung des Minsker Abkommens hätte verhindert werden können und müssen.

Seit mehr als ein Jahrhundert streben imperialistische Mächte nach Russland - natürlich aus Profitinteresse und zur Ausschaltung eines Rivalen. Der dritte Anlauf wird seit 30 Jahren strategisch geplant und systematisch vorbereitet. Ist es nicht nachvollziehbar, dass Russland nach schmerzhaften historischen Erfahrungen und angesichts akuter Bedrohung nicht ein weiteres Mal warten will, bis es zu spät ist? Ist es nicht erklärbar, dass Russland seine Rechte und Interessen mit allen Mitteln verteidigt - auch militärisch? Am 23. Februar, am Vortag der Militäroperation, betonte Putin in einer Rede unter Bezug auf den faschistischen Überfall 1941: *Worauf noch warten. ... Ein zweites Mal werden wir diesen Fehler (des Abwartens HB) nicht begehen, wir dürfen es nicht tun.*

Für uns ist besonders schmerzhaft, dass das imperialistische Deutschland bei seiner verbrecherischen Vergangenheit in Feindschaft gegen Russland mit an der Spitze dieser Kriegspolitik steht. Und selbst Kriegspartei geworden ist. Dass deutsche Politiker weder Geschichts- noch Verantwortungsbewusstsein beweisen. Und nicht nach Wegen suchen, die Sicherheitsinteressen aller zu gewährleisten, den Krieg zu beenden, friedliche Beziehungen einzuleiten. Im Gegenteil! Die Regierung dieses Landes, voran Grüne und Sozialdemokraten, schüren die Feindschaft, koste es was es wolle. 100 Mrd. € für die Bundeswehr, militärische Unterstützung für die Ukraine mit 1,4 Mrd. € Lieferung von Waffen und Rüstung zur Kriegsverlängerung für 350 Mill. € In Deutschland Verarmung großer Teile der Bevölkerung und Ruinierung der Wirtschaft. Und weitere Einschränkung demokratischer Rechte. Im Hass gegen Russland bis zum Verbot des würdigen Erinnerns an die Befreiung durch die Rote Armee. Wie wir es hier am 8. und 9. Mai erlebten. Das soll die viel gerühmte freiheitlich demokratische Grundordnung sein? Die nicht nur die Pressefreiheit einschränkt und die freie Meinungsäußerung unter Strafe stellt, sondern sogar angemessenes Erinnern verbieten will? Folgt nach dem Überwachungsstaat jetzt der offene Polizeistaat?

Nein, liebe Freunde, gegen diese Kriegspolitik nach innen und nach außen ist Widerstand geboten. Wir lassen uns unsere Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Faschismus und an die Befreiungstat der Sowjetarmee nicht nehmen. Wir verneigen uns in Dankbarkeit vor den Opfern. Frieden und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland sind und bleiben über Generationen hinweg eine unverrückbare Verpflichtung historischer Verantwortung Deutschlands. Und Voraussetzung für Frieden in Europa.

Anmerkung:

Derartige Veranstaltungen haben am 22. Juni 2022 auch in anderen Städten stattgefunden. So am Gedenkstein für Dr. Richard Sorge in Chemnitz, am sowjetischen Ehrenmal in Gotha und am Sowjetischen Ehrenmal in Dresden Albertstadt.

Korrupter Präsident und seine Unterstützer

Sozialpatrioten aus Kiew wollen gegen alle Vernunft und Tatsachen ein Regime stützen, an deren Spitze ein korrupter Präsident mit seinen faschistischen Banderaanhängern in Ministerrängen steht. Sie sind damit demaskiert, auch wenn man der Frage nachgeht, sag mir wer deine Freunde sind und ich sage dir, wer du bist.

Sowohl die im Fernsehen ausgestrahlten Sendungen noch die Berichte in den bürgerlichen gedruckten Medien vermitteln zur Ukraine als auch dessen Repräsentanten ein ausgewogenes Bild. Vor allem von dem Mann, der eine hohe Mitverantwortung für die desaströse Lage im Osten Europas trägt. In den Beiträgen wird ohne die gebotene journalistische Sorgfaltspflicht und in unübersehbarer Einseitigkeit ein Porträt von Selenskyj erzeugt, das jedwede realistische Sicht und die dazu notwendigen politischen Konsequenzen für eine Befriedung in der Ukraine verhindert.

Im Gegenteil, diese Art von Beiträgen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, in den Medien und durch diese sogenannten Sozialpatrioten führen zu einer vollkommen unrealistischen Meinungsbildung und enden in einer Art Kriegshysterie auf allen Kanälen und gedruckten Seiten.

Selenskyj wird hofiert und als ein Vorbild für Politiker hochstilisiert, welch fataler Schluss! Sind solche Lebensläufe und Wertevorstellungen Voraussetzung für ein Amt innerhalb der Europäischen Union? Welche bekannten Fakten sprechen eindeutig gegen das bewusst erzeugte Bild von Selenskyj.

Das Datenleck der Pandora Papers deckte auf, dass Selenskyj zu den 38 ukrainischen Politikern gehört, die Geld auf Offshore-Konten versteckt haben. Dabei wurden aus keinem anderen Land mehr Politiker in den Papers genannt als die aus der Ukraine. Mit der Wahl hatte Selenskyj versprochen, den Krieg im Donbass, der seit acht Jahren tobt und über den kaum berichtet wird, zu beenden. Im Gegenteil - das mit deutscher Beteiligung geschlossene Minsker Abkommen wurde mit Duldung der EU und Nato torpediert.

Selenskyj hat einen Botschafter in Deutschland, der Deutschland und seine Repräsentanten verhöhnt und dessen Auftreten zur Hetze verkommen ist. Ungeeignet für eine demokratische Repräsentanz ist Herr Melnyk auch dadurch, dass

er das Grab des NS-Kollaborateurs Stepan Bandera in München besuchte. Bandera arbeitete im Zweiten Weltkrieg mit der Wehrmacht zusammen und gilt als Kriegsverbrecher.

Aber auch der ukrainische Präsidenten Selenskyj ehrte nicht nur Asow-Kämpfer öffentlich im Parlament, er ließ bei seinem Auftritt im griechischen Parlament Mitglieder des neonazistischen Regiments Asow sprechen.

Es scheint dringend geboten, dass Stellungnahmen und Wortmeldungen deutscher sowie internationaler Politikerinnen und Politiker, aber auch die der Medienvertreter, und Organisationen sowie gesellschaftlicher Kräfte, sich durch Ausgewogenheit und faktenbasiertes Wissen sowie konfliktbeseitigende strategische Ideen und Aktivitäten auszeichnen. Einseitige und un ausgewogene Parteinahme sowie der Mangel an diplomatischen Verstand und Geschick wird den Krieg in der Ukraine nicht beenden.

Raimon Brete, Chemnitz

Manchmal kommt es anders, als man denkt...

Die Bundeskanzler der BRD schwören bei ihrem Amtsantritt, daß sie - mit oder ohne Gottes Hilfe ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werden. So verstanden es offenbar auch Gerhard Schröder und Angela Merkel, denen es deshalb wichtig war, schon während ihrer Amtszeit und danach als a.D. sich dafür einzusetzen, daß die deutsche Industrie, die Haushalte und die Energie- und Wärmeversorgungsbetriebe Gas und Erdöl aus Rußland in guter Qualität, in ausreichenden Mengen und sicherlich auch zu erschwinglichen Preisen beziehen können. Nunmehr, in der Zeit der Ampelkoalition, werden sie dafür in Medien öffentlich gebrandmarkt, müssen sich für ihr Tun entschuldigen, und sogar zustehende Privilegien werden entzogen. Irgendwann wird es Herrn Scholz, Frau Baerbock, Herrn Habeck und anderen aktuellen Politikern wegen ihrer haßerfüllten antirussischen Politik, ihrer nahezu höfischen Anbietung an Selenskyj, der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine und letztendlich ihrer Verantwortung für Betriebsschließungen, Verarmung, Verteuerung, Inflation und, und, und in Deutschland genau so ergehen wie Schröder und Merkel.

Wünscht Dieter Stiebert

Deutschland, die EU und die Informationsfreiheit

Der Beginn der militärischen Spezialoperation der Russische Föderation war für die US-hörigen Politiker der BRD und der EU ein willkommener Anlass, auch auf dem Gebiet der Informationen weitere Einschränkungen vorzunehmen. Der freie Zugang zu russischen Nachrichten wie RT deutsch wurde unterbunden, Nachrichtenkanäle des russischen Fernsehens wie Rossia 1 und RTR Planeta wurden gesperrt. Da stellt sich die Frage: Warum haben diese Politiker Angst, dass die Menschen auch andere als die eindeutig antirussischen Nachrichten der deutschen Medien zur Kenntnis nehmen? Diese Maßnahmen sind ein weiterer Beweis dafür, dass die Menschen in diesem Land manipuliert werden. Das alles geschieht in einem Land, das sich rühmt Pressefreiheit zu haben! Wie lange wollen wir uns diese Bevormundung noch gefallen lassen?

Wolfgang Herzig

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Juli, insbesondere den folgenden Jubilaren, und wünscht ihnen beste Gesundheit, Kraft, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben.

zum 100. Geburtstag

Jonny Jäkel, Berlin

zum 97. Geburtstag

Erika Baum, Berlin

zum 94. Geburtstag

Ilse Graupner, Hamburg

zum 92. Geburtstag

Harald Fischer, Berlin

Hans-Joachim Zabel, Magdeburg

zum 91. Geburtstag

Hans Zeppan, Senftenberg

Harry Mittenzwei, Neuenhagen

Ilse Frackowiak, Frankfurt/Oder

zum 80. Geburtstag

Jörg Schmidt, Berlin

zum 70. Geburtstag

Bernd Wächter, Plauen

zum 55. Geburtstag

Rolf Meier, Berlin

Post aus Chemnitz

Dieter Ammer aus Chemnitz teilte uns mit, daß sich die TAG Chemnitz als Struktur der GRH aufgelöst hat. Er dankt allen aktiven Mitgliedern für ihren Beitrag in der TAG und schreibt dann:

„Besonders möchten wir aber unseren Kassierer und Postverantwortlichen, Siegfried Ramm, für seine jahrelange kontinuierliche und zuverlässige Arbeit danken. Auf Dich war immer Verlass. Siegfried, wir wünschen Dir Gesundheit und noch viele schöne Jahre.“

Der Vorstand der GRH und die Redaktion der Mitteilungen schließen sich diesem Dank an. Zugleich bedanken sie sich bei all den Vorsitzenden/Sprechern, Kassierern und Betreuern, die jahrelang verantwortungsbewußt ehrenamtlich für die GRH in ihren Territorien tätig sind bzw. waren. Auch wenn aus unterschiedlichen Gründen die GRH-Arbeit nicht mehr innerhalb einer TAG fortgesetzt werden kann, das ändert selbstverständlich nichts an der weiteren aktiven Mitgliedschaft in der GRH und der engen Verbundenheit mit unserem gemeinsamen Anliegen.

Jetzt schon vormerken!

Das nächste Grenzertreffen findet am Sonnabend, 3. September 2022, in der Landkostarena Bestensee statt. Einladungen mit Einzelheiten erfolgen demnächst.

Ehrendes Gedenken unseren verstorbenen Mitgliedern

Manfred Labitzke aus Bonn

Er verstarb am 28. März 2022

im Alter von 81 Jahren

Reinhard Schmincke aus Berlin

Er verstarb am 3. Juni 2022

im Alter von 73 Jahren

Jaspar Oelze aus Berlin

Er verstarb am 10. Juni 2022

im Alter von 94 Jahren

Gert Keller aus Jena

Er verstarb am 17. Juni 2022

im Alter von 84 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen

Der Vorstand, AG Grenze, TAG Lichtenberg